



Hungernde Flüchtlinge in Kenia

SPEKULATION

Die Ware Hunger

Die Finanzmärkte haben das Geschäft mit Agrarrohstoffen entdeckt. Die Folgen sind verheerend: Großspekulanten und Kleinanleger treiben die Preise für Lebensmittel in die Höhe und stürzen Millionen Menschen in Armut und manchmal sogar in den Tod.

Der Saal, in dem das Essen der Welt verteilt wird, wirkt alles andere als appetitlich. Papierschnipsel und Pappbecher übersäen das Handelsparkett des Chicago Board of Trade. Schwitzende Männer in quietschgelben, leuchtend blauen oder knallroten Jäckchen trampeln achtlos darauf herum, fuchteln mit den Händen, schreien und balgen sich um Terminkontrakte für Sojabohnen, Schweinehälften oder Weizen.

Hier, im Handelsraum der größten Warenterminbörse der Welt, wird über die Preise von Lebensmitteln entschieden – und damit über das Schicksal von Millionen Menschen. Der Hunger des Planeten wird hier organisiert. Und der Reichtum von Einzelnen.

Für Alan Knuckman gibt es kaum einen schöneren Ort. „Das ist Kapitalismus in Reinform“, schwärmt der Rohstoffexperte, „hier werden Millionäre gemacht.“ Das Gesicht des 42-Jährigen strahlt bubenhaft. Vielleicht, weil er nie aufgehört hat zu spielen.

Vor 27 Jahren ist er hier angekommen. Schnell brachte er es vom Runner, dem Lauffburschen im Börsensaal, zum Händler. Knuckman arbeitete für Broker-Firmen, gründete bald eine eigene und ist heute Analyst bei Agora Financials, einer Beratungsfirma für Rohstoffinvestitionen. Zudem schreibt er einen Newsletter mit Anlagetipps. „Ich handle alles, bei dem man schnell rein- und rauskommt“, sagt er freimütig. „Ich bin hier, um Geld zu machen.“

Wie, ist ihm egal. Er macht keinen Unterschied zwischen Rohöl, Silber und Nahrungsmitteln. „Ich glaube nicht an Politik“, sagt er. „Ich glaube an den Markt, und der hat immer recht.“

Die explodierenden Nahrungsmittelpreise? Sind für ihn einzig und allein Ausdruck von Angebot und Nachfrage. Spekulanten? Sind gut für die Märkte, weil sie Entwicklungen frühzeitig vorhersehen. Exzessive Spekulation? „Sehe ich nicht.“

Das überrascht. Denn nie zuvor floss so viel Cash in Finanzgeschäfte, die sich um Agrarrohstoffe drehen. Allein im letzten Quartal 2010 verdreifachte sich die Anlagesumme im Vergleich zu den drei Monaten davor. Es ist viel Geld im Markt, seit die Staaten der Welt mit großen Kon-

junkturprogrammen und Hilfspaketen die Finanzkrise zu bewältigen versuchten.

Das Brot für die Welt lockt Investoren, die sich genauso wenig für Körner interessieren wie zuvor für Internetfirmen oder Subprime-Kredite. Es sind milliardenschwere Pensionsfonds und kleine Privatanleger, die nach neuen, sichereren Anlagemöglichkeiten suchen.

Da kamen die Angebote der Banken, die in großem Stil Index- und Agro-Fonds anbieten, wie gerufen. Auf einmal ist Essen für jedermann handelbar geworden, so bequem wie Aktien.

Die Schattenseite: Parallel zu dem Hunger auf Agro-Papiere steigen die Nahrungsmittelpreise. Schon im März meldete die Uno-Organisation für Ernährung

Ärgernis sein. Für die Armen der Welt aber, die 70 Prozent ihres kargen Budgets für ihre täglichen Mahlzeiten ausgeben müssen, ist er lebensbedrohlich.

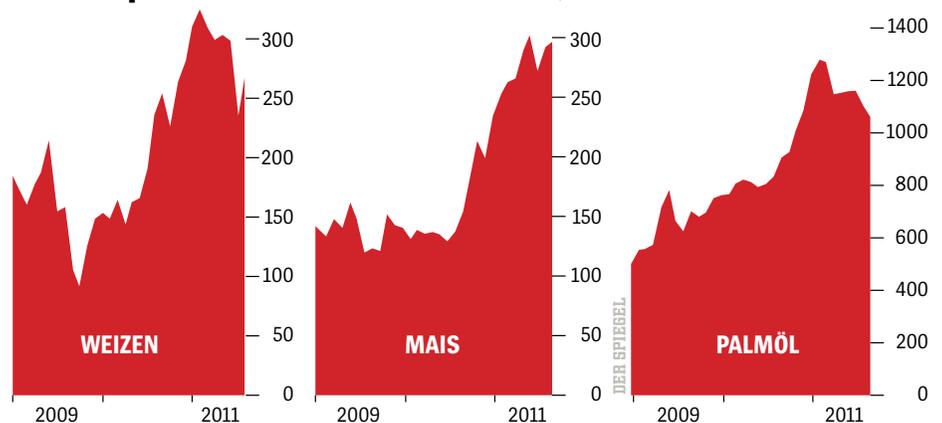
44 Millionen Menschen sind seit Juni vergangenen Jahres allein aufgrund der gestiegenen Preise neu unter die Armutsgrenze gefallen, meldet die Weltbank. Es sind Menschen, die mit weniger als 1,25 Dollar pro Tag auskommen müssen. Über eine Milliarde Menschen hungert weltweit. Auch die aktuelle Hungersnot am Horn von Afrika ist nicht allein der Dürre, dem Bürgerkrieg, den korrupten Eliten geschuldet, sondern ebenso den unerschwinglich hohen Nahrungspreisen.

„Unerwünschte Nebeneffekte des Marktes“, nennt Knuckman die Tatsache, dass

Rohstoffpreise für Lebensmittel

in Dollar je Tonne

Quelle: Thomson Reuters Datastream



und Landwirtschaft (FAO) neue Rekordhöhen – die Preise übertrafen selbst die der letzten großen Lebensmittelkrise im Jahr 2008. Laut dem Food-Price-Index der FAO verteuerten sich die Kosten für Essen innerhalb eines Jahres um 39 Prozent. Die Getreidepreise: plus 71 Prozent, für Speiseöl und Fett ebenso. Bei der letzten Berechnung vom Juli betrug der Index 234 Punkte, nur vier unter dem Allzeithoch vom Februar.

„Das Zeitalter der billigen Lebensmittel ist vorbei“, prophezeit Knuckman. Für die Amerikaner sei das doch gut: „Die meisten sind ohnehin überfressen.“

Für seine Landsleute, die 13 Prozent ihres verfügbaren Einkommens für Nahrung ausgeben, mag der Preisanstieg ein

sich die Ärmsten der Armen ihr Essen nicht mehr leisten können. Die 25-jährige Halima Abubakar erlebt diese Nebeneffekte am eigenen Leib.

Die Kenianerin sitzt in ihrer Wellblechhütte in Kibera, dem größten Slum Nairobis, und fragt sich, was sie ihrem Mann und den beiden Kindern heute Abend vorsetzen soll. Bisher gehörten die Abubakars noch zu den Besserverdienern ihres Elendsviertels. Mit den 150 Euro Gehalt, die Halimas Mann als Gefängniswärter bekommt, konnte sich die Familie leidlich ernähren.

Nun fällt das plötzlich schwer: Maismehl, das wichtigste Grundnahrungsmittel in Kenia, ist innerhalb von fünf Monaten um über 100 Prozent teurer gewor-

den – ein Rekordhoch. Die Kartoffelpreise stiegen um ein Drittel, die Milch kostet ebenfalls mehr, von Gemüse gar nicht zu reden.

Halima weiß nicht, weshalb das so ist. Sie weiß nur, dass sie plötzlich rechnen muss, jeden Tag. Rund 300 Schillinge hat sie für ihre Familie maximal zur Verfügung – 2,30 Euro pro Tag. Als Sofortmaßnahme ist sie auf eine billigere Mehlsorte umgestiegen, die zwar nach nichts schmeckt, aber den Magen füllt. Um die Kinder satt zu kriegen, verzichtet sie gelegentlich auf ihr eigenes Mittagessen.

„Mehr arme Menschen leiden, und mehr können in Armut fallen aufgrund der hohen und schwankenden Lebensmittelpreise“, so beschreibt Weltbank-Präsident Robert Zoellick die brutalen Auswirkungen der Preissteigerungen auf Verbraucher in der Dritten Welt. Das Problem treibt viele um. Auf Tagungen, Kongressen, Konferenzen werden die vermeintlichen Gründe der Preisexplosion gebetsmühlenartig aufgesagt:

- ▶ der Klimawandel, der zu Dürren, Überschwemmungen und Stürmen und in der Folge zu Ernteaufschlägen führt;
- ▶ der Biotreibstoff, der Agrarland verbraucht;
- ▶ die Weltbevölkerung, die schneller wächst als die Agrarproduktion;
- ▶ die aufstrebenden Staaten China und Indien, deren Bürger mehr und besser essen;
- ▶ der steigende Ölpreis, der Herstellung und Transport von Lebensmitteln verteuert;
- ▶ der steigende Fleischkonsum, der mehr Getreide für Tierfutter verbraucht;
- ▶ die jahrzehntelange Vernachlässigung der Landwirtschaften, besonders in den Hungergebieten.

All diese Faktoren klingen logisch und einleuchtend, und sicherlich tragen einige auch zur angespannten Lebensmittelsituation bei. Nur: Die Ursache für die übermäßige Preissteigerung sind sie nicht.

Olivier de Schutter, Uno-Berichterstatler für das Recht auf Nahrung, ist einer der wenigen, die aufräumen mit den Legenden: „Die Förderung von Biosprit und andere Angebotsschocks (wie *Missernten oder Exportstopps* –Red.) sind relativ geringfügige Auslöser, aber in der angespannten und verzweifelten Lage an den Weltfinanzmärkten setzten sie eine gigantische spekulative Blase in Gang.“

In seinem Bericht benennt er die Schuldigen: Großinvestoren, die aufgrund austrocknender Finanzmärkte massiv in den Rohstoffhandel eingestiegen sind und diesen aus jedweder Proportion gerissen haben. Exzessive Spekulation also sei die vorrangige Ursache für die Preisanstiege, so Schutter – und tatsächlich



Rohstoffspekulant Knuckman
„Kapitalismus in Reinform“

geraten die bis dahin immer wieder genannten Gründe für den Preisschub bei Nahrungsmitteln bei genauerer Betrachtung ins Wanken.

Natürlich: Die Agro-Treibstoffe treten zunehmend in Konkurrenz zum Nahrungsmittelanbau – doch bislang machen sie nur sechs Prozent der weltweiten Getreideernte aus. Laut Weltbank ist die Rolle von Biosprit an den Preissteigerungen deutlich geringer als gedacht. Zudem votierte der US-Kongress im Juni gegen weitere Subventionen, was als Beginn des Ausstiegs gewertet wird.

Gleiches gilt für die neue Fleischeslust der Schwellenländer. Zwar steigt dort der Fleischverbrauch und damit auch die Nachfrage nach Futtermittelgetreide, doch laut dem Washingtoner IFPRI-Institut für Lebensmittelpolitik decken Länder wie China, Indien oder Indonesien ihren Mehrverbrauch ohne nennenswerte internationale Zukäufe. „Wir finden keinen Beleg, dass die angeblich gestiegene Nachfrage aus Schwellenländern irgendeinen Effekt auf die Weltmarktpreise hat“, heißt es in einem Weltbank-Bericht.

Und der Klimawandel? Führt zweifellos zu Produktionsausfällen. Die Lager-

bestände sinken, doch immer noch wird mehr Nahrung produziert als verbraucht.

Doch wahrscheinlich ist die Hysterie um den angeblichen Ernährungsnotstand Teil einer smarten Investmentstrategie. Schließlich braucht jede Finanzblase ihre Story: Bei der Internet-Bubble war es die Geschichte von einer „New Economy“, die die Gesetze der Wirtschaft und den gesunden Menschenverstand außer Kraft zu setzen schien. Bei der US-Hypothekenblase war es die Mär von der vermeintlich todsicheren Geldanlage Eigenheim. Bei der Food-Bubble ist es der bevorstehende Engpass bei einem Gut, das jeder braucht: Lebensmittel.

Dass Brot und Butter zum Spekulationsobjekt der Wall Street mutieren, hat vor allem mit einem fundamentalen Wandel zu tun, den die Uno-Konferenz für Handel und Entwicklung (Unctad) in einer jüngst veröffentlichten Studie beschreibt: der Metamorphose des Lebensmittelmarktes zu einem Finanzmarkt.

Unctad-Chefökonom Heiner Flassbeck, einst unter Oskar Lafontaine Staatssekretär im Bundesfinanzministerium, treibt das Thema Spekulation seit langem um. Die Wände seines Genfer Büros mit Blick auf den See hängen voller Diagramme, auf dem Tisch liegt sein neuestes Buch über die Rolle der Spekulanten*.

Nach dem Finanzcrash 2008 hatte er angefangen, die Preisentwicklungen genauer zu verfolgen: von Währungen und Rohstoffen, Staatsanleihen und Aktien. Die Kurven glichen sich auffällig. Er stellte ein Team zusammen, um das Phänomen zu untersuchen.

Das Ergebnis trägt den harmlosen Titel „Preisbildung in finanzierten Rohstoffmärkten: Die Rolle der Information“. Der Inhalt aber birgt Sprengstoff: Der Rohstoffmarkt, stellen die Unctad-Forscher fest, funktioniert nicht – jedenfalls nicht so, wie ein Markt im ökonomischen Modell funktioniert. Da bildet sich der Preis durch Angebot und Nachfrage. Die Aktivitäten von Finanzakteuren aber, heißt es in der Studie, „treiben die Rohstoffpreise weg von den Levels, die durch fundamentale Marktdaten gerechtfertigt sind“.

So entstehen massiv verzerrte Preise, die nicht durch reale Faktoren beeinflusst werden, sondern von der Erwartung, dass sich die wirtschaftliche Entwicklung verbessert oder verschlechtert.

Die meisten Anleger, die sich heute im Rohstoffgeschäft tummeln, haben keine Ahnung von der Materie. „Sie wollen ihr Portfolio ausbalancieren, in Wachstumsmärkte einsteigen oder ganz einfach das machen, was

* Heiner Flassbeck: „Die Marktwirtschaft des 21. Jahrhunderts“. Westend-Verlag, Frankfurt am Main; 256 Seiten; 22,95 Euro.

Spielball der Spekulanten

Maismenge in Millionen Tonnen

DER SPIEGEL

Quelle: Thomson Reuters Datastream; LBBW Commodity Research





Sojabohnenernte in Brasilien: „Es wird nicht nur von den Falschen investiert, sondern auch noch in das Falsche“

ANDRE PENNER / AP

alle anderen gerade machen“, beschreibt der Unctad-Bericht den gefährlichen Herdentrieb der Anleger. Mit einer objektiven Preisfindung habe ein solches Verhalten nichts mehr zu tun.

Doch wie kam es überhaupt dazu, dass neuerdings Hedgefonds und Investmentbanken die Kosten für Brot in Tunesien, Mehl in Kenia oder Mais in Mexiko beeinflussen können? Was ist geschehen, dass große Pensionsfonds wie auch kleine Anleger mit dem Essen der Welt zockten? Und dass die Frage, wie viele Menschen hungern müssen, letztlich an den Börsen in Chicago, New York und London mitentschieden wird?

Schuld ist ein etliche Jahre fast unmerklich gebliebener, aber folgenschwerer Wandel des Marktes. Die Hochfinanz hat ein paar Stellschrauben neu justiert und damit die Lebensmittelsbasis der Menschheit zum Spekulationsobjekt gemacht.

Lange Zeit lief der Handel mit Nahrungsrrohstoffen in den traditionellen Bahnen von Angebot und Nachfrage. Die Bauern bauten an, die Verwerter kauften die Ware.

Dazwischen entstand ein börsennotierter Futures-Markt: Um sich gegen Preisschwankungen abzusichern, verkauften die Produzenten ihre Ernten vorab zu einem festgelegten Preis, der meist leicht unter dem aktuellen, dem sogenannten Spotpreis lag. Am Fälligkeitstag des Warenterminkontraktes wurde die Ware geliefert. Lag der Preis niedriger als der Future-Preis, profitierte der Bauer, lag er darüber, der Besitzer des Future-Vertrages. Diese Zukunftsgeschäfte dienten allen: Die Bauern und Lebensmittelverarbeiter konnten ihre Risiken absichern, die Futures-Händler versorgten den Markt mit Geld, und die Endabnehmer konnten sich jederzeit mit Ware eindecken.

Mitmachen durften vorwiegend Akteure, die direkt in der Landwirtschafts-

industrie involviert waren: Farmer, Müller, Lageristen, Lebensmittelmultis. Banken spielten nur eine geringe Rolle. Es war eine Art Kreditgeschäft, und so funktionierte es gut. Über Jahrzehnte hinweg blieb der Markt relativ stabil. Bis ihn die Finanzindustrie entdeckte.

Doch um für diese das neuartige Geschäft zu erschließen, musste es zunächst einmal gelingen, den Marktzugang zu erweitern. Der nämlich war, aus guten Gründen, streng reguliert. Die Finanzlobbyisten gingen ans Werk – und meldeten 1999 Erfolg: Die Commodities Futures Trading Commission der USA öffnete die Future-Märkte weitgehend. Nun war es auch Banken erlaubt, große Positionen an Rohstoffpapieren zu halten.

„Der Einstieg der Finanzindustrie hat den Lebensmittelmarkt aus dem Gleichgewicht gebracht.“

2004 erweiterte die US-Börsenaufsicht SEC den Aktionsradius der Banken erneut: Sie stimmte einer Petition der Investmentbanken Lehman Brothers, Morgan Stanley, Bear Stearns und JP Morgan zu, die Eigenkapitalregeln zu lockern. Von da an durften die Finanzprofis mit 40-mal so viel Geld handeln, wie sie selbst als Sicherheit besaßen. Noch mehr Spielgeld floss in den Markt.

Doch Wetten auf einzelne Rohstoffe sind höchst riskant, das schreckte viele Anleger zunächst ab. Die Banken brachten eine Verkaufsidee, und Goldman Sachs hatte eine: die Bündelung von Produkten – eine Idee, die einem nach der Subprime-Krise verdächtig bekannt vorkommt. Index-Fonds wurden erschaffen, die viele unterschiedliche Rohstoff-Futures von Öl bis zu Weizen beinhalten.

So wird das Risiko gestreut, man erhält ein gutes Rating, und schon ist das Konstrukt interessant für Großanleger.

Der Trick dabei: Die Futures werden von Spekulanten nie in echte Ware eingelöst. Die Fondsanbieter verkaufen die etwa 70 Tage laufenden Kontrakte kurz vor Ende der Einlösefrist und steigen mit dem frischen Geld in neue Futures ein. So läuft das System wie ein Perpetuum mobile, ohne dass die Anleger jemals mit den echten Marktpreisen in Berührung kommen.

Ja eben, argumentieren jene, die bezweifeln, dass die Spekulanten für die steigenden Rohstoffpreise verantwortlich sind. Auf dem realen, dem Spotmarkt würden doch wieder die Regeln von Angebot und Nachfrage gelten und alles in Balance bringen. Was auf den Future-Märkten los sei, sei daher unerheblich.

Ein Irrtum. Tatsächlich wirken sich die Future-Preise auf die echten Marktpreise aus, fand der Leiter der IFPRI-Abteilung für Märkte und Handel, Maximo Torero, heraus. Er nahm die Märkte für Mais, Sojabohnen und Weizen unter die Lupe und stellte fest: Die Realpreise folgten in den meisten Fällen den Future-Preisen. Die vermeintliche Zukunft fing an, die Gegenwart zu verändern.

Hinzu kommt, dass jene, die tatsächlich noch reale Ware besitzen, durch die steigenden Future-Preise animiert werden, ihre Reserven zu horten – was wiederum den Preis befeuert.

So hat der Einstieg der Finanzindustrie den einst so berechenbaren Lebensmittelmarkt vollkommen aus dem Gleichgewicht gebracht. „Der Boom neuer Spekulationsmöglichkeiten auf den weltweiten Märkten für Getreide, Speiseöl und Vieh hat einen Teufelskreis geschaffen“, schreibt Frederick Kaufman, Autor des „Harper’s Magazine“, in seinem Artikel

„Wie die Wall Street Millionen hungern ließ und damit davonkam“. Auch seine Bilanz ist eindeutig: „Je stärker die Rohstoffpreise für Lebensmittel steigen, desto mehr Geld fließt hinein, desto höher steigen die schon hohen Preise.“

Tatsächlich wuchs das Volumen der Index-Fonds-Spekulationen bereits zwischen 2003 und 2008 um schwindelerregende 2300 Prozent. Laut FAO enden nur noch zwei Prozent der Rohstoff-Future-Verträge in einer realen Lieferung der Waren. 98 Prozent werden vorher verkauft, von Investoren, die am schnellen Gewinn interessiert sind und bestimmt nicht an 1000 Schweinehälften.

Es sind Akteure wie Goldman Sachs: Über fünf Milliarden Dollar verdiente die US-Investmentbank im Jahr 2009 an Rohstoffspekulationen, mehr als ein Drittel ihres Nettogewinns.

„Was wir erleben, ist ein Nachfrageschock, der von einer neuen Kategorie von Akteuren an den Warenterminbörsen herrührt“, räumte der Hedgefonds-Manager Michael Masters bei einer Anhörung vor einem US-Senatsausschuss zur Lebensmittelkrise 2008 ein.

Die Zahl der Spekulanten, die mit dem Hunger Geschäfte machen, wird weiter zunehmen, solange der Markt nicht reguliert wird, fürchtet Unctad-Mann Flassbeck. Die Folgen wären verheerend. Steigen die weltweiten Preise auch nur um zehn Prozent, werden laut Weltbank weitere zehn Millionen Menschen unter die Armutsgrenze rutschen. Viele verhungern, obwohl es genügend Essen gibt. Sie können sich die Nahrungsmittel einfach nicht mehr leisten.

„Um die ordentliche Funktionsweise der Rohstoffmärkte wiederherzustellen, ist weltweit ein rasches politisches Handeln notwendig“, schreibt die Unctad. Sie fordert mehr Transparenz auf den Rohstoffmärkten und strenge Regeln für die Marktteilnehmer. Hilfreich wäre es nach Ansicht der Experten, wenn Regierungen eigene Rohstoffreserven einführen würden. Bei plötzlichen Preissprüngen könnten sie die auf den Markt werfen, um die Preise zu drücken. Außerdem würde eine Transaktionsteuer helfen, die Finanzmärkte insgesamt zu bremsen und die Spekulation zu dämpfen.

Kurzzeitig sah es so aus, als hätten solche Vorschläge Chancen, von der Politik aufgenommen zu werden. Die Bilder von demonstrierenden Nordafrikanern schürten die Angst der Mächtigen. Von Hungeraufständen war die Rede – doch auch das gehört ins Reich der Legenden.

„Man könnte sie auch Ölaufstände nennen“, sagt Bettina Engels, die am Berliner Otto-Suhr-Institut das Thema Friedens- und Konfliktforschung bearbeitet. „Der Kampf dreht sich um politische Teilhabe und um die Umverteilung des Wohlstands.“ Es ist der Mittelstand, der in Tu-

nis, Kairo und Tripolis auf die Straße geht, es sind nicht die Ärmsten der Armen.

„Die Hungrigen haben etwas anderes zu tun als zu demonstrieren“, sagt Ralf Südhoff vom World Food Programme. Das Gros seien Kleinbauern. Und die sterben still, unbemerkt in der Provinz.

Doch immerhin: Das Thema Lebensmittelpreise steht seither weiter oben auf der politischen Agenda. Selbst der Marktliberale Guido Westerwelle prangert neuerdings „die verantwortungslose Spekulation mit Lebensmitteln“ an. „Zwischen 2006 und 2009 litten Millionen Männer, Frauen und Kinder Hunger, weil der Ver-

stand besonders aus den USA und Großbritannien, die um das Wohl ihrer Finanzmärkte fürchten.

Brüssel will nun wenigstens die Richtlinie über den Handel mit Rohstoffen überarbeiten. Der reale und der Derivatehandel sollen transparenter werden, damit jeder weiß, wer was macht. Auch über Positionslimits wird nachgedacht, also Obergrenzen für spekulative Kontrakte, die ein einzelner Händler bei einem Produkt nicht überschreiten darf.

Viel Lob wird die EU dafür nicht einheimen. Während für europäische Terminbörsen keine rechtlichen Vorgaben



Fleischverkauf in China, Biobenzin-Zapfsäule, Dürre in Indien: All diese Faktoren klingen logisch

kauf windiger Finanzprodukte die Nahrungspreise explodieren ließ“, sagte der Außenminister im Mai bei einer Veranstaltung im Auswärtigen Amt.

Frankreichs Präsident Nicolas Sarkozy wettet: Das „Wesen eines Marktes“ sei es, reguliert zu sein, ansonsten wäre es ein „Dschungel“. Sarkozy, der in diesem Jahr sowohl den Vorsitz über die G8 (die Gruppe der größten Industrieländer) als auch der G20 (die Gemeinschaft von 20 großen Industrie- und Schwellenländern) führt, hat das Problem zu einem Schwerpunkt seiner Präsidentschaft gemacht.

Auf dem G-20-Agrarministertreffen in Paris am 22. und 23. Juni standen die steigenden Lebensmittelpreise im Mittelpunkt. Energisch plädierte der Franzose für schärfere Kontrolle der Agrarmärkte: „Ein unregulierter Markt ist kein Markt, sondern eine Lotterie, bei der das Glück dem Zynischsten hold ist.“

Doch die Politiker konnten sich lediglich auf die Einführung eines weltumspannenden Agriculture Market Information System einigen, das künftig alle Daten über Rohstoffe kanalisiert. Mit seiner Hilfe soll künftig schneller auf Preisanstiege bei Weizen, Mais, Reis und Sojabohnen reagiert werden können.

Eine konkrete Regulierung von Finanzgeschäften mit Agrargütern aber gibt es weiterhin nicht; zu groß ist der Wider-

für Positionen im Rohstoffbereich gelten, sind in den USA solche Grenzen längst Standard. Derzeit wird ein Vorschlag der US-Aufsichtsbehörde diskutiert, Limits auch für Rohstoffe wie Milch, Baumwolle, Kaffee und Kakao einzuführen.

Dann aber werden wohl noch mehr Banken, Unternehmen und Hedgefonds auf den sogenannten Over-the-Counter-Handel ausweichen und ihre Geschäfte ohne Zwischenmakler unter- und miteinander und weitab jeder Kontrolle ausführen. Schon jetzt läuft nur ein Bruchteil des weltweiten Derivatehandels über die offiziellen Börsen.

Angesichts dieses gefährlichen Wildwuchses scheint es nur zu einleuchtend, die Spielplätze der Hochfinanz unnachgiebig zu regulieren. Selbst in den USA gibt es Pläne. Doch den Lobbyisten der Finanzwelt gelang es bisher immer, die Gesetzgebung zu verzögern.

Doch so zögerlich die Politik die Frage der Welternährung angeht, so umtriebiger zeigt sich die Geschäftswelt.

Hunderte Teilnehmer drängten Anfang Mai ins New Yorker Waldorf Astoria, um sich auf der 3. Global AgInvesting Conference über die neuesten Anlagechancen in Sachen Landwirtschaft zu informieren. Banker und Broker, Produzenten und Händler, Asset-Manager und Großanleger waren angereist, Vertreter des Pen-

sionsfonds der Polizei und Feuerwehrleute von Dallas ebenso zugegen wie die Chief Investment Officers von Eliteuniversitäten, etwa der Columbia New York oder der George Washington in D. C.

Sie alle wollten wissen: Wie kann man an den steigenden Lebensmittelpreisen mitverdienen? Investiert man besser in US-Ackerland, oder kauft man sich in Brasilien ein? Gibt es Land für die Biospritproduktion günstiger in Afrika oder Südamerika? Und wie schnell kommt man aus den Investments wieder raus?

Was ihr Engagement in den jeweiligen Ländern anrichtet, welche sozialen und

schafft zum beiderseitigen Vorteil zu verbinden, ist kläglich gescheitert.

Eine Konferenz an der Universität Sussex und eine Studie der Weltbank konstatierten fast durchgehend niederschmetternde Ergebnisse. Sie berichten von korrupten Eliten, die den rechtlosen Bauern das Land unter dem Pflug wegverkaufen. Von Jobversprechen, die nicht eingehalten werden. Von Bewässerungssystemen, die den Einheimischen das Wasser abgraben. Von abgeholzten Wäldern, zerstörten Biotopen, pestizidverseuchten Monokulturen. Und von Vertreibung. 80 Millionen Hektar Land sind laut Weltbank

„Wir bringen Devisen ins Land, und damit kann die Regierung den Weizen für die Hungernden kaufen“, sagte der niederländische Manager Jan Prins dem Berliner „Tagesspiegel“. „Menschen ernähren, die sich nichts kaufen können, ist Sache der Regierung.“

Genau dort liegt das Problem: Es gibt genügend Nahrung, aber für viele ist sie unerschwinglich. Die Investoren sehen es nicht als ihre Aufgabe an, bezahlbare Lebensmittel zu produzieren. Ihr Job ist es, aus viel Geld noch mehr zu machen. Der britische Hedgefonds Emergent Asset Management zum Beispiel erwartet eine 25-



und einleuchtend, die Ursache für die übermäßige Preissteigerung aber sind sie nicht

ökologischen Folgen es hat, interessiert Finanzinvestoren wenig. Wohlweislich haben die Organisatoren der AGInvest das Thema „Verantwortungsvolles Investieren in der Landwirtschaft“ ganz nach hinten auf die Tagesordnung geschoben. Da befanden sich die meisten Teilnehmer längst schon wieder auf dem Rückweg zum Flughafen.

„Landräuber“ nennen Kritiker jene Investoren, die Ackerflächen in anderen Ländern aufkaufen. Der Ex-FAO-Direktor Jacques Diouf beschimpfte sie als „Neokolonialisten“. Doch die Gescholtenen sind sich keiner Schuld bewusst. Sie halten ihr Investment für segensreich. Schließlich helfen sie mit, die rasant steigende Weltbevölkerung zu ernähren.

Die steigt zwar längst nicht mehr so schnell wie in den vergangenen 40 Jahren, als sie sich fast verdoppelte. Aber auch die erwartete 30-prozentige Steigerung bis zum Jahr 2050 bedeutet: Über neun Milliarden Menschen müssen satt werden.

Vor diesem Hintergrund schienen die Landnahmen anfangs keine schlechte Idee zu sein. Selbst die Weltbank warb zunächst für Investitionen in unterentwickelten Ländern und hoffte, alle würden profitieren, wenn die Infrastruktur ausgebaut ist und Jobs geschaffen werden.

Doch die Idee, die Gier der Anleger mit der Bekämpfung des Hungers als Ge-

in den vergangenen Jahren in die Hände ausländischer Investoren geraten.

Besonders schlimm geht es ausgerechnet in Äthiopien zu, dem Sinnbild eines Hungerlandes. 5,7 Millionen Einwohner hängen dort von der Welternährungshilfe ab. Doch die Regierung verkauft oder vermietet in großem Stil fruchtbares Land an ausländische Investoren – die das Essen, das sie produzieren, dann größtenteils ins Ausland bringen. Seit 2007 hat die Regierung Äthiopiens 815 ausländisch

„Die Idee, die Gier der Anleger mit der Bekämpfung des Hungers zu verbinden, ist gescheitert.“

finanzierte Agrarprojekte zugelassen. Saudische Firmen, multinationale Agrarunternehmen, britische Pensionsfonds agieren als Investoren. 3,6 Millionen Hektar Land sind im Angebot, viel davon in dem Gebiet Gambela, in dem ein Naturpark vorgesehen ist. Nun werden Urwaldflächen gerodet – für das Essen der anderen. 50 Kilometer außerhalb der Hauptstadt Addis Abeba erzeugt die zu einem spanischen Agro-Konzern gehörende Firma Jitu-Horticulture 180 000 Kilogramm Gemüse pro Woche. Sie beliefert die Ölmultis im Nahen Osten, Fünf-Sterne-Hotels in Dubai, Katar, Bahrain und Saudi-Arabien.

prozentige Rendite auf Erntegewinne und den Preisanstieg von Farmland.

So viel Gewinn macht man in der Regel nicht mit brachliegenden Flächen weitab von Straßen und Wasser. Investoren drängen meist in die fruchtbaren und erschlossenen Gebiete. Dort betreiben sie dann eine intensive Landwirtschaft, die das Problem der Welternährung langfristig eher verschärft als löst.

So beschränkt sich der Schaden, den die Hungernden in der Welt durch Anleger und Spekulanten erleiden, nicht nur auf die Preiserhöhungen. „Es wird nicht nur von den Falschen investiert, sondern auch noch in das Falsche“, sagt Angelika Hilbeck von der Eidgenössischen Technischen Hochschule Zürich.

Die Agrarökologin ist Mitautorin des Weltagrarberichts. In diesem einzigartigen Projekt fassten Hunderte Wissenschaftler im Auftrag der Weltbank und der Uno ihr Wissen über die Zukunft der Landwirtschaft und deren Rolle zur Verringerung von Hunger und Armut zusammen – und stellten der industriellen Landwirtschaft 2009 ein vernichtendes Zeugnis aus: Sie sei in großen Teilen verantwortlich für Klimawandel, Artensterben, Umweltvergiftung, Wasserknappheit, Krankheiten und Armut.

Angesichts der Bedrohung durch den Klimawandel fordern sie eine radikale

„Europa ist mehr als der Euro“

Für den Historiker Hans-Joachim Voth hat die Währungsunion keine Zukunft. Er hält ein Ausscheiden der starken Länder für machbar – und warnt vor sozialen Unruhen in den schwachen.



Voth, 43, studierte und promovierte in Oxford, anschließend arbeitete er für die Unternehmensberatung McKinsey. Heute lehrt Voth Wirtschaftsge-
schichte an der renommierten Universität Pompeu Fabra in Barcelona. In diesem Jahr veröffentlichte er gemeinsam mit dem Wirtschaftshistoriker Jacopo Ponticelli eine Studie über „Austerity and Anarchy“.

bern, den seiner Währung, und dabei half im Regelfall auch noch der Markt, um wieder wettbewerbsfähig zu werden. Die Autos konnten wieder in Pamplona und Sevilla hergestellt werden, die Häuser an der Costa Brava waren wieder erschwinglich, in Spanien mussten die Löhne nicht gekürzt und die Preise nicht gesenkt werden. Fertig.

SPIEGEL: Jetzt zwingen die Europäische Zentralbank und der Internationale Währungsfonds Länder wie Spanien zu Reformen. Warum kann dieser Weg nicht aus der Krise führen?

Voth: In Spanien stiegen noch 2009, mitten in der Krise, als die Regierung Zapatero schon halbherzig reformierte, die Löhne um 4,3 Prozent. Es gibt keinen Grund zu glauben, dass das Ausmaß an Reformen, das jetzt notwendig wäre, um ökonomisch voranzukommen, politisch durchsetzbar ist.

SPIEGEL: Welche Reformen halten Sie denn für unbedingt nötig, um das Land zu konsolidieren?

Voth: Die Regierung muss nicht nur den Haushalt sanieren, sondern auch die Lohnstückkosten um 10 bis 15 Prozent senken.

SPIEGEL: Deutschland hat das seit Anfang 2000 moderat geschafft. Warum soll das Spanien nicht auch gelingen?

Voth: In Deutschland oder auch in den Niederlanden spielen die Gewerkschaften ziemlich zuverlässig mit, in beiden Ländern kann die Regierung auf Konsens hoffen. Diese Konsenslösung gibt es in Spanien nicht, hier gibt es keine Gewerkschaftsbewegung wie den DGB, der akzeptiert, dass man nicht mehr verteilen kann, als erwirtschaftet wird. Wir müssen anfangen, die kulturellen Unterschiede in der EU ernst zu nehmen. Spanier sind nun einmal nicht Holländer, und Griechen sind keine Deutschen.

SPIEGEL: Plädieren Sie dafür, die Dauerkrise durch den Ausschluss des einen oder anderen Landes zu lösen?

Voth: Es kommt darauf an, wie die EU die Krise lösen möchte. Wenn es nicht zur Transferunion kommen soll, müssen Länder aus der Euro-Zone ausscheiden. Technisch machbar ist beides.

SPIEGEL: Herr Professor Voth, wie lange geben Sie dem Euro noch?

Voth: Fünf Jahre. Der Euro kann in seiner jetzigen Form nicht überleben. Man kann natürlich aus den Euro-Ländern eine vollständige Transferunion machen, mit Euro-Bonds und massiver fiskalischer Umverteilung. Das wäre dann ein anderer Euro als ursprünglich gedacht und den deutschen Wählern versprochen. Wenn die Staats- und Regierungschefs das am Ende nicht wollen, ist es wahrscheinlich, dass der Euro wieder aufgelöst wird.

SPIEGEL: Warum kann der Euro nicht überleben?

Voth: Man kann auch schlechte wirtschaftliche Lösungen lange am Leben erhalten, aber die Frage ist doch: Wem nützt das, wie lange hält man die Schmerzen aus und mit welchem Vorteil? Der Euro kann technisch überleben, auch die immer neuen Attacken an den Anleihemärkten, die den Schmerz verstärken. Doch dann verschärft sich das fundamentale Problem, dass in Ländern mit sehr rigiden Arbeitsmärkten der Hauptstoßdämpfer weggefallen ist ...

SPIEGEL: ... weil diese Länder ihre Währungen nicht mehr national anpassen können.

Voth: Wenn Spanien früher in solchen Schwierigkeiten steckte wie heute, wenn die Lohnstückkosten zu hoch, das Wachstum zu niedrig, die Arbeitslosigkeit enorm waren, dann wurde die Peseta einfach um 20 Prozent abgewertet. Spanien musste nur einen einzigen Preis verän-



Wissenschaftler Voth
„Wem nutzt das?“

BILD: GÖTTLICHER / DER SPIEGEL

Abkehr von der landwirtschaftlichen Massenproduktion, das Ende großflächiger Monokulturen und des massiven Einsatzes von Pestiziden. Diese Art von Landwirtschaft verseuche das Wasser, verdörre die Böden. Außerdem zerstöre die exportorientierte Agrarindustrie die Märkte in den Entwicklungsländern.

Notwendig sei eine Umorientierung auf die bäuerliche Landwirtschaft: auf Kleinbauern, die auf lokaler Ebene ökologisch verträglich und nachhaltig anbauen. Ihnen müsse über Investitionen Zugang zu Saatgut, Infrastruktur, Wissen und Märkten eröffnet werden – und damit die Chance, sich selbst und andere zu ernähren. Nur so könnten die natürlichen Grundlagen menschlicher Ernährung gerettet und der Hunger in der Welt bekämpft werden.

Es blieb bei solchen Forderungen. Staatliche Anreize für Investitionen in nachhaltige Landwirtschaft sind nach wie vor rar. „Die Regierungen haben viel zu lange die Interessen von Konzernen und mächtigen Eliten über die Bedürfnisse von uns sieben Milliarden Menschen gestellt, die die Nahrungsmittel produzieren und konsumieren“, sagt Marita Wiggerthale, Agrarexpertin der Entwicklungsorganisation Oxfam.

Doch der Aufbruch in ein neues Ernährungszeitalter mit ökologischer und zukunftsfähiger Ausrichtung und einer gerechteren Verteilung ist in weiter Ferne. Nach wie vor setzen Wirtschaft und Politik auf ein Produktionsmodell, dessen Nebenwirkungen zu weiten Teilen für die heutige Krise der Landwirtschaft verantwortlich sind: auf die intensive industrielle Landwirtschaft.

Eine Trendwende ist nicht in Sicht. Die Portfolios von gängigen Rohstoff-Fonds repräsentieren heute alles, was in der Agro-Branche Rang und Namen hat: Im DWS-Fonds Global Agribusiness der Deutschen Bank und dem RCM Global Agricultural Trends der Allianz (Werbespruch: „Renditechancen fördern“) etwa finden sich Landwirtschaftsmultis wie ADM und Bunge, Düngemittelhersteller wie die Potash Corporation und Mosaic, Saatgutproduzenten wie Monsanto und Syngenta, dazu große Handelshäuser wie Tesco, Saveway und Tyson Foods.

Wer also seinem Finanzberater glaubt, dass ein Investment in solche Fonds der Sicherung der Welternährung diene, der sollte sich künftig zumindest darüber im Klaren sein: Solche Finanzanlagen sind Teil des Problems, nicht der Lösung.

HORAND KNAUP,
MICHAELA SCHIESSL, ANNE SEITH



Video: Wie das Geschäft mit dem Hunger funktioniert
Für Smartphone-Benutzer:
Bildcode scannen,
etwa mit der App „Scanlife“.

Das Gespräch führten die Redakteure Alexander Jung und Gerhard Spörl in Barcelona.